

15. Dezember 2006
Der Standard

Häupl bietet "Bohrungen von unten" an Bürgermeister will Verhandlungen - Asfinag skeptisch: Effektivste Methode wäre nach wie vor die mit 18 Bohrlöchern

Wien - Der Wiener Bürgermeister Michael Häupl (S) kann sich vorstellen, für die Nordost-Umfahrung (S1) auf die Probebohrungen in der Lobau zu verzichten und den Untergrund stattdessen "von unten" zu erkunden. Die Mehrkosten von 40 bis 50 Mio. Euro müsste die Asfinag tragen, erklärte er am Freitag am Rande des Gemeinderats vor Journalisten. Auf einen Polizeieinsatz gegen die Au-Besetzer will Häupl weiter verzichten.

"Umweltschützer leben von Inszenierung"

Statt der 18 genehmigten Bohrlöcher im Nationalpark, die von Umweltschützern seit Ende November blockiert werden, sei auch eine unterirdische, waagrechte Bohrung möglich. "Es ist technisch möglich, so etwas zu machen", so Häupl. Allerdings sei dies auch "unnötig teuer".

Klar sei jedenfalls, dass man zur Realisierung des Tunnels unter der Lobau eine Annäherung an die Öko-Aktivisten suchen müsse. "Wer die Umfahrung will, wird das Problem mit Gesprächen lösen müssen. Wenn man sie verhindern will, dann schickt man die Polizei." Die Umweltschützer würden von der Inszenierung leben, "und die gebe ich ihnen nicht", so Häupl.

Generell zeigte er sich versöhnlich. "Ich gebe zu, dass ich vielleicht im ersten Augenblick ein bisschen zu grantig reagiert habe", so der Bürgermeister zu seinen früheren Äußerungen, in denen er die Aktivisten als "bunte Mischung international tätiger Berufsaktivisten" bezeichnet hatte. Er sei zum Reden bereit, etwa über den Ausbau des öffentlichen Verkehrs: "Wir verweigern uns überhaupt nicht. Wer nicht die Polizei dort haben will, muss reden. Das tue ich."

Häupl musste sich am Freitag auch einer Dringlichen Anfrage der ÖVP im Gemeinderat stellen, in der diese der SPÖ tatenloses Wegschauen vorwarf, während durch die Au-Besetzer der Rechtsstaat verhöhnt werde. Bereits im Vorfeld erklärte der Bürgermeister dazu, dass er nur einen Präzedenzfall kenne: Es sei dies der Widerstand gegen die Garage im Bacherpark gewesen, und dort sei es mit Unterstützung der ÖVP zu rechtswidrigen Handlungen gekommen.

Mögliche Intervention

Klar sei, dass in der Lobau auf Grund der abgeschlossenen "Gestattungsvereinbarung" nur die Asfinag mit Schadenersatzforderungen gegen die Besetzer vorgehen könne, so Häupl. Sollte es im Nationalpark, in dem die Stadt Wien Grundbesitzerin ist, allerdings zu Gesetzesbrüchen kommen, werde Wien sehr wohl einschreiten. Denn: "Wie ist es argumentierbar, dass ich einer NGO erlaube, Feuer zu machen, anderen Personen aber nicht?"

Schon in der Fragestunde des Gemeinderates hatte Umweltstadträtin Uli Sima (S) betont, dass man sich um Deeskalation bemühe. "Wir haben kein Interesse, in diesem Konflikt auf ein zweites Hainburg zuzusteuern. Und zwar weil wir wissen, wie das für das Projekt ausgegangen ist." Es werde keinen Polizeieinsatz geben, "wir werden aber alle weiteren

Möglichkeiten ausschöpfen". Wien stehe jedenfalls zu der Tunnellösung, denn dies sei die einzigen Variante, die den Nationalpark nicht beeinträchtige.

Asfinag skeptisch

Die Asfinag steht dem Vorschlag von Häupl skeptisch gegenüber. Allerdings sei von Seiten der Stadt auch noch kein Konzept dafür vorgelegt worden, unterstrich Asfinag-Projektleiter Christian Honeger.

Zu den von Häupl genannten 40 bis 50 Mio. Euro Mehrkosten, welche die Asfinag zu tragen hätte, konnte sich Honeger deshalb nicht äußern: "Das können wir nicht bestätigen, das haben wir nicht geprüft." Bisher habe es zu dem Vorschlag lediglich eine mündliche Anfrage des Wiener Baudirektors Gerhard Weber gegeben. Klar sei jedenfalls, dass man bei dieser Variante mit einer Verzögerung des Projekts von ein bis zwei Jahren rechnen müsse.

Neue Umweltverträglichkeitsprüfung nicht ausgeschlossen

Man bräuchte neue Ausschreibungen und Genehmigungsverfahren - eventuell sogar eine neue Umweltverträglichkeitsprüfung. Auch seien hier Proteste von Umweltschützern nicht ausgeschlossen: "Wer garantiert uns, dass wir dann nicht wieder beim Durchführen dieser Arbeiten behindert werden?", so Honeger.

Klar sei, dass die vorgeschlagene Bohrungsweise für einen Tunnel in dieser Form eine absolute Novität darstellen würde. Diese deutlich teurere Variante würde sonst nur eingesetzt, wenn ein Bohren von oben nicht möglich sei, weil beispielsweise viele hundert Meter Material zu überwinden wären.

Das Bohren in der bisher geplanten Form - also 18 Bohrlöcher im Nationalpark - sei einfach die nahe liegendste, effektivste Methode: "An der halten wir jetzt einmal grundsätzlich fest", so Honeger. (APA)

Link zum Online-Artikel:

<http://derstandard.at/?url=/?id=2697676>